

Allgemeine Mandatsbedingungen

Allgemeine Mandatsbedingungen

Allgemeine Mandatsbedingungen der Rechtsanwaltskanzlei Albert von der Ohe

1. Geltungsbereich

Diese Allgemeinen Mandatsbedingungen gelten für alle Mandate, Beratungen, Prüfungen, Vertretungen und sonstigen anwaltlichen Leistungen der Kanzlei [Kanzleiname]. Sie gelten auch für online, per E-Mail, über Kontaktformulare, Videokonmunikation oder sonstige Fernkommunikationsmittel angebahnte oder abgeschlossene Mandatsverhältnisse.

2. Zustandekommen des Mandats

Ein Mandat kommt erst zustande, wenn die Kanzlei den Auftrag annimmt. Die Übermittlung einer Anfrage, eines Formulars oder von Unterlagen allein begründet noch kein Mandatsverhältnis.

3. Gegenstand der Tätigkeit

Der Umfang der anwaltlichen Tätigkeit richtet sich ausschließlich nach dem konkret erteilten und von der Kanzlei angenommenen Auftrag. Sofern nicht ausdrücklich anders vereinbart, umfasst das Mandat nur deutsches Recht und keine steuerliche, betriebswirtschaftliche oder technische Beratung.

4. Mitwirkung des Mandanten

Der Mandant ist verpflichtet, alle für die Bearbeitung erheblichen Tatsachen vollständig und richtig mitzuteilen sowie Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. Änderungen von Namen, Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer oder sonstigen Kontaktdaten sind unverzüglich mitzuteilen.

5. Kommunikation

Die Kanzlei darf mit dem Mandanten per E-Mail, Telefon, Videokonferenz und sonstigen üblichen Kommunikationswegen kommunizieren, soweit der Mandant diese Kommunikationswege eröffnet oder nutzt. Dem Mandanten ist bekannt, dass die elektronische Kommunikation, insbesondere per unverschlüsselter E-Mail, Sicherheitsrisiken aufweisen kann.

6. Vergütung

Die Vergütung richtet sich nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG), soweit keine abweichende Vergütungsvereinbarung getroffen wurde. Die Kanzlei ist berechtigt, angemessene Vorschüsse und Auslagenvorschüsse zu verlangen.

7. Hinweise zu Kosten

Soweit gesetzlich zulässig, können Gerichtskosten, Kosten von Behörden, Gerichtsvollziehern, Sachverständigen, Übersetzern oder sonstigen Dritten gesondert anfallen. In arbeitsgerichtlichen Verfahren erster Instanz besteht regelmäßig kein Anspruch auf Erstattung der eigenen Anwaltskosten durch die Gegenseite.

8. Haftung

Die Haftung der Kanzlei richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften. Eine Haftung für einfache Fahrlässigkeit kann, soweit gesetzlich zulässig und berufsrechtlich erlaubt, auf die durch die bestehende Berufshaftpflichtversicherung gedeckte Mindestversicherungssumme beschränkt sein; unberührt bleiben Ansprüche wegen Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie wegen Vorsatzes oder grober Fahrlässigkeit.

9. Aufbewahrung von Unterlagen

Die Kanzlei ist berechtigt, die Handakte nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen zu vernichten, sofern der Mandant die Herausgabe von Unterlagen nicht zuvor verlangt hat. Die gesetzliche Aufbewahrungspflicht bleibt unberührt.

10. Datenschutz und Vertraulichkeit

Die anwaltliche Verschwiegenheit gilt im gesetzlichen Umfang. Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt nach den geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen; ergänzend gilt die gesonderte Datenschutzerklärung der Kanzlei.

11. Widerrufsrecht bei Online-Mandaten

Ist der Mandant Verbraucher und wird der Mandatsvertrag ausschließlich unter Verwendung von Fernkommunikationsmitteln abgeschlossen, kann ein gesetzliches Widerrufsrecht bestehen. Die Einzelheiten ergeben sich aus der gesonderten Widerrufsbelehrung.

12. Vorzeitiger Tätigkeitsbeginn

Verlangt der Mandant ausdrücklich, dass die Kanzlei bereits vor Ablauf der Widerrufsfrist tätig wird, kann im Fall eines Widerrufs Wertersatz für die bis zum Widerruf erbrachten Leistungen geschuldet sein. Bei vollständiger Erbringung der Dienstleistung vor Ablauf der Widerrufsfrist kann das Widerrufsrecht unter den gesetzlichen Voraussetzungen erlöschen.

13. Schlussbestimmungen

Es gilt deutsches Recht. Sollten einzelne Bestimmungen dieser Mandatsbedingungen ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen unberührt.